

Zu viel ist zu viel!

© SVP, economiesuisse



« Wirtschaft & Politik aktuell »

Ausgabe für Lehrpersonen

Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Ausgabe 13, 2020

Raphael Capaul, BA UZH und Roman Capaul, Prof. Dr.



© by KLV Verlag AG

Alle Rechte vorbehalten

Trotz intensiver Nachforschungen gelang es uns nicht in allen Fällen, die Rechteinhaber zu ermitteln. Wir bitten diese, sich mit dem Verlag in Verbindung zu setzen. Meldung bitte direkt an den Verlag: rechte@klv.ch oder Telefon 071 845 20 10.

Layout und Cover: KLV Verlag AG

Ausgabe 13, 2020

KLV Verlag AG | Breitwiesenstrasse 9 | CH-8207 Schaffhausen
Telefon +41 71 845 20 10 | info@klv.ch | www.klv.ch

«Wirtschaft & Politik aktuell»

**Sehr geehrte Kollegin
Sehr geehrter Kollege**

w&p aktuell



Ein zentrales Bildungsziel der Wirtschaftsfächer in der Sekundarstufe II ist die Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zu mündigen Wirtschaftsbürgerinnen und Wirtschaftsbürgern. Die Schülerinnen und Schüler sollen zu aktuellen Themen eine eigene, fundierte Meinung entwickeln können. Mit unserem Unterricht fördern wir die Fähigkeit zum selbstständigen Urteilen in anspruchsvollen, wirtschaftspolitischen Fragestellungen. Für unseren Rechtsstaat ist dies ein essenzielles Anliegen. Oder wie es Milton Friedman einmal sagte: «Eine stabile und demokratische Gesellschaft kann ohne ein Minimum an Bildung und Wissen bei der Mehrheit ihrer Bürgerinnen und Bürger und ohne weitgehend akzeptierte allgemeine Werte nicht existieren.»

Unsere Demokratie ist ein kostbares Gut. Sie entwickelt sich laufend dynamisch weiter. Die Fragestellungen werden immer komplexer und kontroverser. Patentlösungen gibt es in der Regel keine. Es gilt, Zielkonflikte abzuwägen. Wir können die Jugendlichen mit unserem Unterricht motivieren und befähigen, an den herausfordernden Fragestellungen zu partizipieren. Ziel sollte es sein, dass die Jugendlichen bereit (Haltung) und fähig (Wissen) sind, Verantwortung für die aktive und konstruktive Entwicklung unseres Rechtsstaates zu übernehmen. Dem KLV Verlag, economiesuisse sowie dem Institut für Wirtschaftspädagogik (IWP-HSG) ist dieses Anliegen sehr wichtig. Wir haben uns deshalb zusammengeschlossen, regelmässig ein relevantes wirtschaftspolitisches Thema so aufzubereiten, dass es während 90 Minuten im Unterricht umgesetzt werden kann. Die Unterrichtseinheit ist direkt einsatzbereit und wird Ihnen kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich können Sie als Lehrperson die Vorlagen nach eigenem Ermessen weiterentwickeln und auf die eigene Unterrichtssituation anpassen.

Bei der Ausgestaltung der Unterrichtseinheit sind uns folgende Aspekte wichtig:

1. Die Fragestellung wird aus mehreren Perspektiven beleuchtet.
2. Normative Fragen werden offengelegt.
3. Der Umgang mit Quellen geschieht sorgfältig.
4. Das für die Entscheidungsfähigkeit relevante Wissen wird aufbereitet.
5. Die gehaltvolle Argumentation und Diskussion während der Unterrichtssequenz haben einen hohen Stellenwert.

Wir wünschen Ihnen interessante Lektionen mit unseren Unterlagen. Für Anregungen und Rückmeldungen sind wir Ihnen sehr dankbar.

Bitte richten Sie diese an roman.capaul@unisg.ch.

Freundliche Grüsse

Prof. Dr. Roman Capaul

«Wirtschaft & Politik aktuell»: Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

Vorschlag für eine Unterrichtsdisposition (90 Minuten)

w&p aktuell



Inhalt	Methode/Hilfsmittel	Zeit
1) Einstieg und Sensibilisierung	Video oder Radio	10 Min.
2) Ausgangslage	Text	10 Min.
3) Inhalt der Initiative	Auftrag 1: Fragen zur Statistik Zuwanderung	10 Min.
4) Pro Initiative	Auftrag 2: Text 1 lesen und Leit- fragen beantworten	15 Min.
5) Contra Initiative	Auftrag 3: Text 2 lesen und Leit- fragen beantworten	15 Min.
6) Diskussion von Pro und Contra	Fishbowl/Diskussion: eine Häl- fte der Klasse Pro, andere Hälfte Contra	25 Min.
7) Abschluss	Abrundung	5 Min.
		90 Min.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

1 Einstieg

Der Bundesrat hat die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ursprünglich auf den 17. Mai 2020 festgelegt. Aufgrund des Coronavirus wurde die Abstimmung auf den 27. September 2020 verschoben. In der öffentlichen Diskussion findet auch oft der von den Initiativgegnern eingeführte Name «Kündigungsinitiative» Verwendung.

Diese Initiative betrifft das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU¹, welches in der letzten Ausgabe von «Wirtschaft und Politik aktuell» ausführlich erarbeitet wurde. Dabei haben wir u.a. die Diskussion über das institutionelle Rahmenabkommen und die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative in den übergeordneten Kontext der Beziehung Schweiz-EU gesetzt und dazu passende Aufgaben für die Schülerinnen und Schüler vorgeschlagen. Im Folgenden finden Sie den Link dazu: <https://www.klv.ch/presta/de/content/25-wirtschaft-politik>

Hinweis:

Dies sind mögliche Videos und Radiobeiträge für einen Einstieg in die Thematik.

Videos

SRF – «Welche Risiken birgt die Begrenzungsinitiative?» (05.01.2018)

<https://www.srf.ch/news/schweiz/kuendigungsinitiative-svp-startet-mitte-januar-mit-unterschriften-sammlung>

Dieses Video dient als prägnanter Einstieg. Die unten aufgeführten Video- und Radiobeiträge können alternativ benutzt werden oder dienen idealerweise als Einstieg für die Diskussionsrunde (Fishbowl).

SRF – «Bundesrätin Keller-Sutter eröffnet Abstimmungskampf gegen SVP-Initiative» (11.02.2020)

<https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-begrenzungsinitiative-bundesraetin-keller-sutter-sieht-wohlstand-in-gefahr>

SRF – «Millionen für Kampagnen für und gegen die Begrenzungsinitiative» (13.02.2020)

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/millionen-fuer-kampagnen-fuer-und-gegen-die-begrenzungsinitiative?id=d479da40-0c6e-4814-a856-aa8cd9f38020&expandDescription=true>

stark + vernetzt – «Kündigungsinitiative – Abstimmung vom 27. September 2020» (04.03.2020)

https://www.youtube.com/watch?v=av_0B1YapfM

SRF – «Keller Sutter: nicht die Zeit für politische Experimente» (22.06.2020)

<https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungskampf-neu-lanciert-vereinte-front-gegen-die-begrenzungsinitiative>

Nach Bekanntwerden des neuen Abstimmungsdatums lanciert Bundesrätin Keller-Sutter den Abstimmungskampf nochmals neu.

¹ Beziehungen zwischen Schweiz und EU einfach erklärt: <https://www.youtube.com/watch?v=6ekEBsiEpd8> (easyvote)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Radio

SRF – «Abstimmungskampf um Begrenzungsinitiative ist lanciert» (11.02.2020)

<https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-begrenzungsinitiative-so-argumentieren-befuerworter-und-gegner>

SRF – «Monsterdebatte über SVP-Begrenzungsinitiative» (16.09.2019)

<https://www.srf.ch/play/radio/echo-der-zeit/audio/monsterdebatte-ueber-svp-begrenzungsinitiative?id=7c9bbe8f-a7e6-419e-9616-267a448e6065&expandDescription=true>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

2 Ausgangslage: Welches sind die Beweggründe der Initianten?

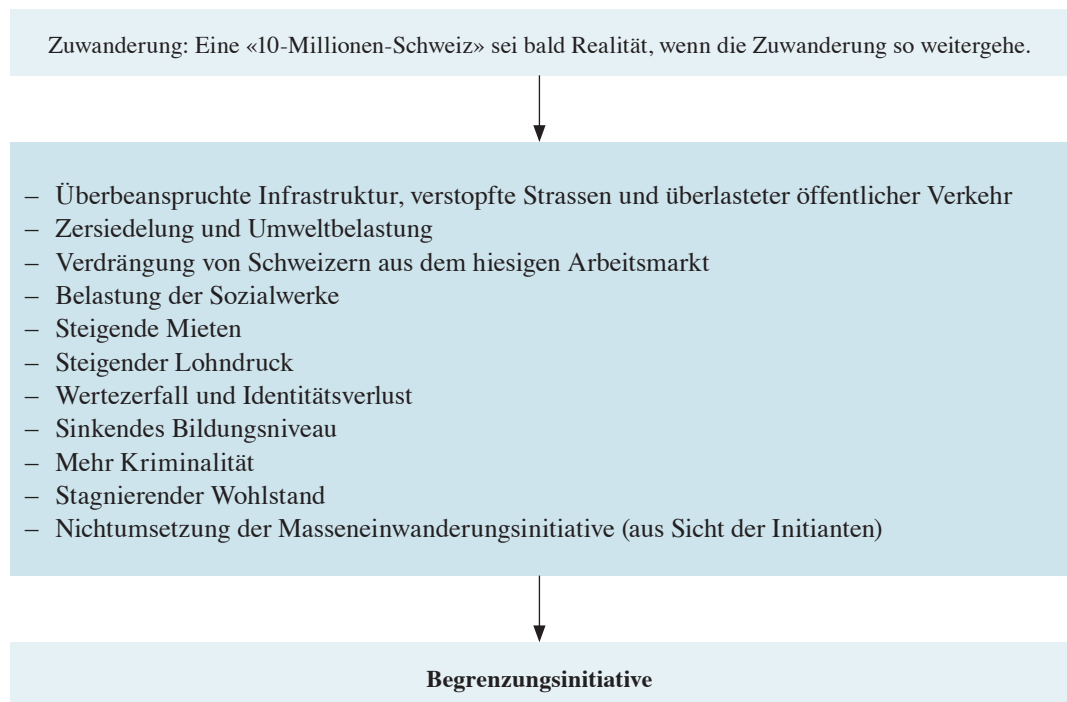
Die Initianten begründen ihre Initiative wie folgt: «Die eigenständige Regelung der Zuwanderung ist für jedes unabhängige und wirtschaftlich erfolgreiche Land eine Selbstverständlichkeit. Genau dies ist das Ziel der Begrenzungsinitiative. Sie kam zustande, nachdem sich Bundesrat und Parlament mit Verweis auf die Personenfreizügigkeit geweigert hatten, die von Volk und Ständen beschlossene Masseneinwanderungsinitiative umzusetzen.² Mit der Begrenzungsinitiative wird der vertragliche Rechtsanspruch auf Personenfreizügigkeit für über 500 Millionen EU-Ausländer³ beendet.» (<https://www.begrenzungsinitiative.ch/>)

Quelle

<https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-begrenzungsinitiative-so-argumentieren-befuerworter-und-gegner>

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/5027.pdf>

Grafik 1: Beweggründe der Initianten



Das wichtigste in Kürze

Ein Initiativkomitee bestehend aus der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) hat die Begrenzungsinitiative lanciert. Gegner der Initiative sind die überwiegende Mehrheit der Schweizer Parteien (BDP, CVP, EVP, FDP, GLP, Grüne, SP), sowie deren Jungparteien, alle grossen Wirtschaftsverbände, Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften, Forschungsinstitutionen und Hochschulen, mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen, die Kantone und Städte sowie Bundesrat und Parlament. Die Befürworter sprechen von der «Begrenzungsinitiative», während die Gegner die Vorlage als «Kündigungsinitiative» betiteln.

² Eine wortgetreue Umsetzung stand aber im Widerspruch zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz – konkret zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit. Das Parlament hat sich deshalb auf eine pragmatische Umsetzung geeinigt, um die bilateralen Verträge nicht aufkünden zu müssen.

³ Anfang 2019 wurde die Bevölkerung der EU auf 513 Millionen geschätzt. Mit dem Austritt Grossbritanniens aus der EU am 31. Januar 2020 sank die Einwohnerzahl um rund 67 Millionen auf 446 Millionen Einwohner.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Die Begrenzungsinitiative fordert die Beendigung der Personenfreizügigkeit⁴. Eine Annahme der Initiative hätte für die Schweiz in verschiedenen Bereichen der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur weitreichende Auswirkungen. Besonders hart würde es die Wirtschaft treffen. Denn die Personenfreizügigkeit ist Teil des Vertragspakets der Bilateralen I. Die entsprechenden Abkommen mit den EU-Ländern erleichtern nicht nur den Personen-, sondern auch den Waren- und Kapitalverkehr, die Erbringung von Dienstleistungen und umfassen folgende sieben Teilbereiche: Personenfreizügigkeit (FZA), technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Luftverkehr und Landverkehr sowie die Forschung. Die einzelnen Abkommen der Bilateralen I sind über die sogenannte «Guillotine-Klausel» miteinander verknüpft und können daher nicht einzeln gekündigt werden. Wird ein Abkommen gekündigt – wie im vorliegenden Fall das FZA – würden somit auch die anderen sechs Abkommen der Bilateralen I automatisch wegfallen. Das heisst konkret: Es braucht dazu weder eine zusätzliche Kündigung durch die EU noch durch die Schweiz. Mit dem Urnengang zur Begrenzungsinitiative entscheidet das Schweizer Volk somit auch über die Zukunft des gesamten Vertragspakets der Bilateralen I. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Initiative auch das Schengen/Dublin-Abkommen⁵ der Bilateralen II⁶ gefährdet. Bei Abschluss galt das FZA als Voraussetzung. Aus Sicht des Bundesrates geht es bei dieser Abstimmung deshalb um eine europapolitische Weichenstellung. Die Rede ist gar von der wichtigsten europapolitischen Fragestellung dieser Legislatur.

Politischer Kontext

Die Abstimmung über die Begrenzungsinitiative ist Ausdruck eines grösseren politischen Prozesses in Westeuropäischen Gesellschaften. Populistische Parteien, insbesondere rechts-populistische Parteien, sind in den letzten Jahren in vielen europäischen Ländern erstarkt. Rechtspopulistische Parteien erhalten oft Wählerstimmen aufgrund kultureller und wirtschaftlicher Abstiegsängste sowie zunehmenden Ressentiments gegen die Globalisierung, die Zuwanderung und «das Establishment». Die Wählerinnen und Wähler rechtspopulistischer Parteien stehen der Zuwanderung und der EU ablehnend gegenüber.

Am 23. Juni 2016 stimmten die Briten in einem Referendum knapp für den Austritt aus der EU. Die Kampagne dazu führte die rechtspopulistische Partei UKIP. Nach langwierigen und komplexen Austrittsverhandlungen ist das Vereinigte Königreich nun seit dem 31. Januar 2020 kein Mitglied der EU mehr. Im Zuge der Diskussion rund um die Begrenzungsinitiative wird der Brexit gelegentlich erwähnt und es werden Parallelen gezogen. In diesem Sinne fand das Wort «Schwexit» Einzug in den Diskurs zur Begrenzungsinitiative. Ein grosser Unterschied zwischen Grossbritannien und der Schweiz liegt jedoch darin, dass sich Grossbritannien mit dem Brexit für substanzielle Einschnitte im Zugang zum europäischen Binnenmarkt entschieden hat. Die Schweiz bemüht sich derzeit jedoch darum, diesen Zugang weiter zu vertiefen.

Quelle

NZZ <https://www.nzz.ch/international/brexit>

Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

⁴ Für ein fundiertes Verständnis des Inhaltes, der geforderten Massnahmen und der Auswirkungen der Initiative ist es unerlässlich, zu wissen, was die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ist, wie sie funktioniert und wie sie im Zusammenhang mit den bilateralen Abkommen steht. Die Personenfreizügigkeit ist Teil der Bilateralen I.

Die Personenfreizügigkeit einfach erklärt: <https://www.youtube.com/watch?v=TLp69w9U128>

Die Bilateralen I einfach erklärt: <https://www.youtube.com/watch?v=Gkr3Cf3TgMQ>

Für Erläuterungen bzgl. dem Wert der Bilateralen für die Schweiz siehe «Wirtschaft & Politik aktuell», Ausgabe 12, Kap. 3.3 (Version Lehrer*: 15-16; Version Schüler: 12-13). <https://www.klv.ch/presta/de/content/25-wirtschaft-politik>

⁵ Das Schengen-Abkommen einfach erklärt: <https://www.youtube.com/watch?v=LdBhITWQsJQ>

⁶ Für Erläuterungen bzgl. Bilateralen im Allgemeinen und Bilateralen II im Speziellen siehe «Wirtschaft & Politik aktuell», Ausgabe 12, Kap. 3.2 (Version Lehrer*: 14; Version Schüler: 11). <https://www.klv.ch/presta/de/content/25-wirtschaft-politik>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

3 Inhalt der Initiative

Initiativtext

Die Initiative sieht die im Folgenden aufgeführte Änderung der Bundesverfassung vor.

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 121b Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit

¹ Die Schweiz regelt die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig.

² Es dürfen keine neuen völkerrechtlichen Verträge abgeschlossen und keine anderen neuen völkerrechtlichen Verpflichtungen eingegangen werden, welche ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewähren.

³ Bestehende völkerrechtliche Verträge und andere völkerrechtliche Verpflichtungen dürfen nicht im Widerspruch zu den Absätzen 1 und 2 angepasst oder erweitert werden.

Art. 197 Ziff. 122

12. Übergangsbestimmungen zu Art. 121b (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit)

¹ Auf dem Verhandlungsweg ist anzustreben, dass das Abkommen vom 21. Juni 1993 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit innerhalb von zwölf Monaten nach Annahme von Artikel 121b durch Volk und Stände ausser Kraft ist.

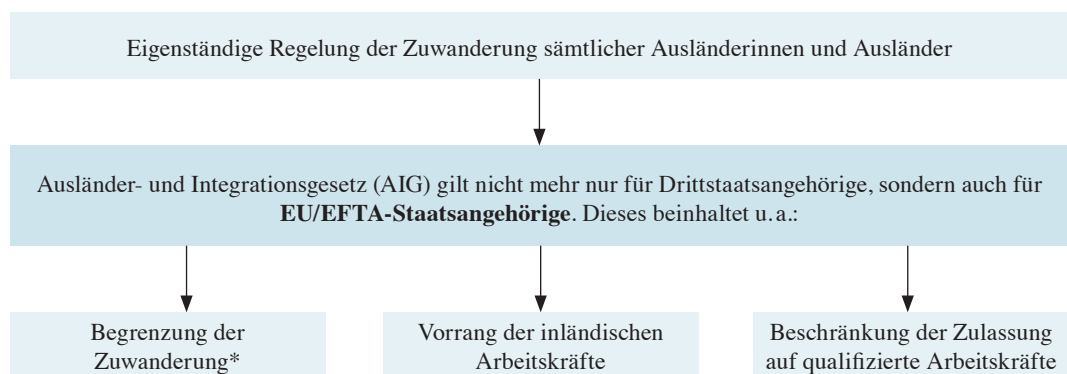
² Gelingt dies nicht, so kündigt der Bundesrat das Abkommen nach Absatz 1 innert weiteren 30 Tagen.

Quellen

<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis483t.html>

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/5027.pdf>

Grafik 2: Forderungen der Initiative



* Die Befürworter schlagen folgende Systeme vor. 1) Kontingentsystem: Hiernach erhält pro Jahr eine gewisse Anzahl von Personen eine Aufenthaltsbewilligung. 2) «Modernes Punktesystem»: «Bei einem Punktesystem können neue Bewilligungen im Rahmen der Kontingente nur dann erteilt werden, wenn der Gesuchsteller eine bestimmte Anzahl von Punkten erreicht, die für gewisse Kriterien erteilt werden.»

https://www.begrenzungsinitiative.ch/wp-content/uploads/sites/3/11.03.BGI-Argumentarium_DE_neu.pdf (S. 57)

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Umsetzung der Initiative

Die Initiative verlangt die Ausserkraftsetzung der Personenfreizügigkeit (FZA) im gegenseitigen Einverständnis mit der EU durch Verhandlungen innerhalb von 12 Monaten. Kommt es zu keinen Verhandlungen oder sind diese nicht erfolgreich, verlangt die Initiative die einseitige Kündigung des FZA durch die Schweiz innerhalb von 30 Tagen. In diesem Fall treten 6 Monate später aufgrund der Guillotine-Klausel automatisch alle Abkommen der Bilateralen I ausser Kraft. Die Initiative beinhaltet keine Äusserungen darüber, ob und allenfalls wie in einem solchen Fall die Bilateralen I gesichert werden sollen. Hierbei sind mehrere Szenarien vorstellbar. Die Schweiz könnte versuchen, die Guillotine-Klausel auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft zu setzen. Dies erfordert aber das Einverständnis aller 27 EU-Mitgliedstaaten. Eine Zustimmung der EU gilt daher als sehr unwahrscheinlich – insbesondere mit Blick auf das knappe Zeitfenster. In der Vergangenheit lehnte die EU Forderungen der Schweiz, die Guillotine-Klausel aufzuheben, kategorisch ab. Im Rahmen von allfälligen Verhandlungen zur «Ausserkraftsetzung des FZA» könnte die Schweiz auch Neuverhandlungen der Bilateralen I anstreben. Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass die EU dazu bereit sein wird. Die EU pochte in der Vergangenheit kategorisch darauf, dass das FZA eine zwingende Voraussetzung für die Teilnahme am EU-Binnenmarkt darstellt. Der Bundesrat, alle Grossparteien (ausser die SVP) und etliche Interessensverbände aus Wirtschaft und Gesellschaft erachten folgendes Szenario per Ende April 2022 als plausibel: Die Schweiz steht ohne die Bilateralen I da und auch ohne das Schengen/Dublin-Assoziierungsabkommen der Bilateralen II. Die Annahme der Initiative bedeutet aus ihrer Sicht also das Ende des bilateralen Wegs zwischen der Schweiz und der EU.

Fakten Nettozuwanderung

Auftrag 1

Die Zuwanderung aus dem EU- und Efta-Raum ist ein zentrales Anliegen der Begrenzungsinitiative. Diesbezüglich ist es wichtig, die aktuellen Zahlen dazu zu kennen. Schauen Sie sich die unten stehende Grafik an und überlegen Sie sich Antworten auf folgende Fragen:

- 1) Wie entwickelte sich die Nettozuwanderung (Einwanderung minus Auswanderung) in die Schweiz zwischen 2008 und 2019? Unterscheidet sich die Entwicklung zwischen Drittstaaten und EU/Efta-Staaten?

Lösung: Die Nettozuwanderung aus Drittstaaten ist zwischen 2008 und 2018 relativ stabil geblieben. Hingegen hat die Nettozuwanderung aus den EU/Efta-Staaten seit 2008 um mehr als 50 Prozent abgenommen.

- 2) Wie viele Bürgerinnen und Bürger kamen jeweils in den Jahren 2018 und 2019 aus EU/Efta-Staaten in die Schweiz?⁷

Lösung: In den Jahren 2018 und 2019 betrug der Wanderungssaldo bezüglich EU/Efta-Staaten jeweils rund 30'000 Personen.

Quellen

<https://www.nzz.ch/schweiz/zuwanderung-aus-der-eu-nimmt-leicht-zu-ld.1537263>

<https://www.nzz.ch/schweiz/zuwanderung-aus-der-eu-neue-zahlen-zur-svp-initiative-ld.1460095>

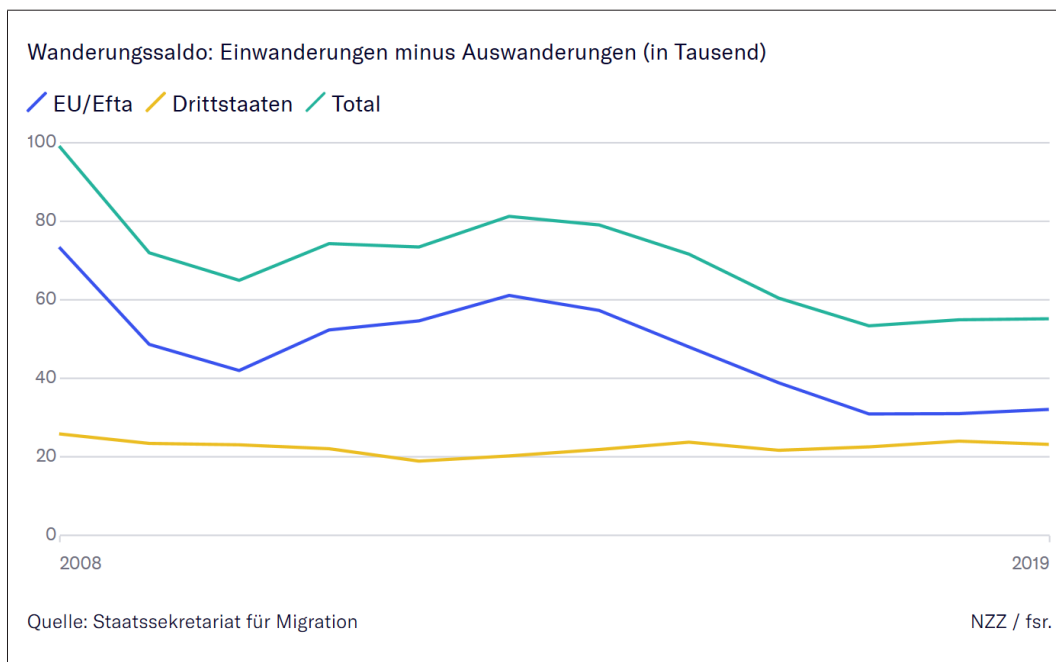
https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Arbeit/Personenfreizuegigkeit_und_Arbeitsbeziehungen/observatoriumsberichte/16_observatoriumsbericht_2019.html

https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_Zuwanderung_neu.pdf

⁷ Folgende Dokumente differenzieren des Weiteren zwischen Bildungsniveau und verschiedenen EU-/Efta-Staaten:

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Die Zuwanderung aus der EU nimmt leicht zu



Quelle

NZZ: <https://www.nzz.ch/schweiz/zuwanderung-aus-der-eu-nimmt-leicht-zu-ld.1537263>

«Wirtschaft & Politik aktuell»

4 Argumentation der Pro-Seite

Auftrag 2: Text 2 – Argumentarium der SVP

Lesen Sie das Argumentarium der SVP (Einzelarbeit) und beantworten Sie die Leitfragen (Partnerarbeit oder Gruppenarbeit). Konsultieren Sie dabei auch die ergänzend angegebenen Quellen.

Zu viel ist zu viel – wir wollen keine 10-Millionen-Schweiz!

Tatsache ist: Die Schweiz ist ein kleines Land! Tatsache ist auch: In ein kleines Land können sich nicht immer mehr Menschen hineinzwängen!

Doch genau das passiert seit 2007: Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU haben wir unsere Grenzen für über 500 Millionen Menschen aus der EU geöffnet, ohne dass wir kontrollieren können, wie viele in die Schweiz kommen. In den letzten 13 Jahren sind deshalb bereits 1 Million Menschen zusätzlich in unser Land gekommen. Und jedes Jahr kommen im Durchschnitt nochmals 50'000 Menschen – so viele wie in der Stadt Biel leben – allein aus der EU dazu! Kein Wunder platzt unser kleines Land aus allen Nähten! Das können wir mit einem JA zur Begrenzungs-Initiative stoppen. **Mit einem JA ...**

1. Ersetzen billige EU-Ausländer nicht mehr Schweizer Arbeitnehmende?

Denn heute sind die meisten EU-Ausländer günstige Arbeiter, die Schweizer Arbeitnehmende verdrängen, wenn diese keine stagnierenden oder gar sinkenden Löhne akzeptieren.

2. Wird die Schweiz nicht weiter zubetoniert?

Denn wegen dieser Million neuer Einwanderer musste in den letzten 13 Jahren eine Fläche von 57'000 Fussballfeldern für neue Wohnungen, Schulen und Strassen zubetoniert werden.

3. Versinken wir nicht weiter im Stau, in verstopften Zügen und Bahnen?

Die Zuwanderung von einer Million Menschen in nur 13 Jahren ist zu viel für unsere Infrastrukturen – sie stehen trotz Milliardeninvestitionen vor dem Kollaps: Seit 2007 sind 543'000 zusätzliche Autos auf unseren Strassen unterwegs. Unsere Züge werden immer unpünktlicher, fallen aus und verschmutzen.

4. Wird Wohnen wieder günstiger?

Denn durch die massive Zuwanderung steigt die Nachfrage nach Wohnungen so massiv, dass viele Schweizerinnen und Schweizer die steigenden Mieten nicht mehr zahlen können und deshalb dazu gezwungen werden, lange Pendlerstrecken in Kauf zu nehmen.

5. Können Schweizer Kinder in der Schule wieder etwas lernen?

Weil heute in vielen Klassen 50 % und mehr Kinder fremdsprachig sind und viele von ihnen zudem aus bildungsfernen Familien kommen, leidet die Bildung unserer Kinder. Eine Studie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung zeigt: Bereits ab einem Migrantenanteil von 20 % sind die Leistungen an den Schulen deutlich geringer.

6. Kommen endlich nicht noch mehr schlecht Qualifizierte?

Denn die Personenfreizügigkeit bringt vor allem schlecht Qualifizierte in die Schweiz: 80 % der EU-Ausländer sind billige Hilfsarbeiter.

7. Können Schweizer Firmen die nötigen Hochqualifizierten rekrutieren?

Weil sie ohne Personenfreizügigkeit endlich jene hochqualifizierten Arbeitskräfte in der ganzen Welt rekrutieren können, die sie wirklich brauchen.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

8. Schützen wir die Sozialwerke vor der Plünderung durch EU-Ausländer?

Denn heute sind schon sechs von zehn Sozialhilfeempfängern Ausländer. EU-Ausländer sind häufiger erwerbslos als Schweizer, beziehen öfter Ergänzungsleistungen und mehr Geld aus der Arbeitslosenkasse, als sie einbezahlt haben. Zudem vergrössern sie langfristig das Loch in der AHV-Kasse.

9. Können sich ältere Menschen, Frauen und Männer wieder sicherer fühlen?

Denn viele Gewalt- und Straftaten, wie Vergewaltigungen werden vor allem von Ausländern verübt.

10. Sind wir Schweizer nicht mehr fremd im eigenen Land?

Denn unsere Schweizer Werte werden aufgrund der masslosen Zuwanderung immer mehr durch importierte Wertvorstellungen verdrängt.

11. Bestimmen wir Schweizer endlich wieder selber, wer in unser Land kommt?

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will selber bestimmen, wer in unser Land kommt. Das zeigt das Ja zur Ausschaffungsinitiative 2010 und zur Masseneinwanderungsinitiative 2014. Beide Verfassungsaufträge wurden wegen der Personenfreizügigkeit mit der EU nicht umgesetzt. Das können wir am 17. Mai 2020 korrigieren.

Leitfragen

- 1) Welches sind laut SVP die negativen Folgen der Zuwanderung in die Schweiz?
Lösung: Die SVP argumentiert wie folgt: Schweizerinnen und Schweizer sind auf dem Arbeitsmarkt zusehends gefährdet, der Wohnraum wird knapper, die Mieten und Hauspreise steigen und die Landschaft wird zubetoniert. Züge, Strassen und Schulen platzen aus allen Nähten. Migranten verändern unsere Kultur. Die öffentliche Sicherheit schwindet. Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte aller Sozialhilfebezügler Ausländer sind, welche unsere Sozialwerke plündern.
- 2) Wie soll laut SVP die Schweiz auf die weltpolitische Lage antworten?
Lösung: Verfassungs- und Gesetzesartikel bezüglich Einwanderung seien zu verschärfen.
- 3) Wie beschreibt die SVP die Art und Weise der Zuwanderung in die Schweiz?
Lösung: Die SVP stellt die Zuwanderung als masslos und unkontrolliert dar.
- 4) Mit welchem Instrument will die SVP die Zuwanderung in die Schweiz selbst steuern?
Lösung: Laut der SVP soll (mithilfe eines Kontingentsystems) selber bestimmt werden, wer in die Schweiz kommt.

Quellen

<https://www.begrenzungsinitiative.ch/>

<https://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/fu%cc%88r-eine-massvolle-zuwanderung-begrenzungsinitiative/>

Video

https://www.youtube.com/watch?v=WuQi6kM4KEE&feature=emb_title

Zum Kampagnentitelbild der Pro-Seite:

Gemäss der Aussage der Initiatoren der SVP Partei, symbolisiert das Plakatsujet für die Begrenzungsinitiative einerseits, wie die masslose Zuwanderung aus der EU die Schweiz als Land und die Schweizerinnen und Schweizer regelrecht erdrückt. Andererseits symbolisiert es auch die langfristige Sesshaftigkeit der EU-Zuwanderer und die damit verbundene Inanspruchnahme der Schweizer Sozialwerke.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

5 Argumentation der Contra-Seite

Auftrag 3: Text 2 – Argumentarium Nein-Komitee

Lesen Sie das Argumentarium der Kampagne «NEIN zur radikalen Kündigungsinitiative» (Einzelarbeit) und beantworten Sie die Leitfragen (Partnerarbeit oder Gruppenarbeit). Konsultieren Sie auch die ergänzend angegebenen Quellen.

Fünf gute Gründe für ein NEIN zur Kündigungsinitiative

NEIN zum zerstörerischen Angriff auf den bilateralen Weg

Eine Annahme der Initiative führt wegen der «Guillotine-Klausel» zur Kündigung der Bilateralen I und gefährdet wichtige Abkommen der Bilateralen II wie Schengen/Dublin. Denn mit dem europäischen Binnenmarkt, seinen Freiheiten und wirtschaftlichen Vorteilen ist die Personenfreizügigkeit untrennbar verbunden. Als Teil des bilateralen Wegs sichert sie unseren Zugang zu diesem Markt. Der bilaterale Weg ist die Basis der sehr erfolgreichen Schweizer Europapolitik ausserhalb von EWR und EU. Er garantiert unserem Land die Beteiligung am Binnenmarkt unter Wahrung der grösstmöglichen Souveränität. Das hat uns bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht und unseren Wohlstand gesichert. Jetzt, wo es darum geht, dass unsere Wirtschaft rasch wieder auf die Beine kommt, gibt es erst recht keinen Grund, diese wichtigen Verträge über Bord zu werfen.

NEIN zur planlosen Kündigung – es ist keine gleichwertige Alternative in Sicht

Wer die Bilateralen wegwerfen will, muss überzeugend darlegen, was danach kommt. Mehr als die Hälfte des Schweizer Aussenhandels läuft heute über die EU, geregelte Beziehungen sind deshalb unverzichtbar. Auch ein intensiverer Handel mit anderen Wirtschaftspartnern kann diesen Verlust nicht aufwiegen. Nach einem Ja zur Initiative würde die Schweiz spätestens per Ende April 2022 ohne die Bilateralen I dastehen. Diese extrem knappe Frist reicht niemals aus, um mit Brüssel und 27 EU-Mitgliedstaaten eine befriedigende neue Lösung auszuhandeln und diese auch noch vom Schweizervolk absegnen zu lassen. Und selbst wenn ein neues Freihandelsabkommen zustande käme, würde dieses keine gleichwertige, diskriminierungsfreie Beteiligung am europäischen Binnenmarkt garantieren. Die Schweiz kann sich ein solches Hochrisiko-Experiment nicht leisten.

NEIN zur verantwortungslosen Destabilisierung in schwierigen Zeiten

Die Corona-Pandemie ist die grösste Herausforderung für die Weltwirtschaft seit Jahrzehnten. Zuvor wurde sie bereits durch den andauernden Handelsstreit zwischen den Grossmächten USA und China geschwächt, die sich gegenseitig mit immer neuen Zöllen belasten. Beide schotten sich zunehmend gegen aussen ab, um sich im Innern zu stärken. Ähnlich verhält sich auch die EU. Sie alle haben grosse Absatzmärkte innerhalb der eigenen Grenzen. Nicht so die Schweiz: Sie verdient zwei von fünf Franken im Aussenhandel. In global derart unsicheren Zeiten sind für sie stabile Beziehungen zum wichtigsten Absatzmarkt für Schweizer Exporte deshalb unverzichtbar. Mitten in einer globalen Wirtschaftskrise ist es schlicht verantwortungslos, mit der wichtigsten Handelspartnerin zu brechen.

NEIN zu einer isolationistischen Europapolitik

Im Zuge der Corona-Pandemie wurden die Landesgrenzen für den Personenverkehr weitgehend geschlossen, Flugverbindungen eingestellt und der grenzüberschreitende Bahnverkehr ausgesetzt. Diese Notmassnahmen haben uns allen in Erinnerung gerufen, wie wertvoll es ist, wenn man sich ohne Einschränkungen in der Welt bewegen kann. Die Kündigungsinitiative nimmt uns dauerhaft die Freiheit weg, überall in Europa zu lernen, zu leben und zu arbeiten. Denn die Personenfreizügigkeit funktioniert nicht nur vom EU-/EFTA-Raum in die Schweiz, sondern auch in die Gegenrichtung. Rund eine halbe Million Schweizerinnen und Schweizer lebten Ende 2018 in einem EU-Staat. Unter normalen Umständen machen jedes Jahr Tausende ein Austauschsemester, ein Praktikum oder einen längeren Sprachaufenthalt in einem anderen europäischen Land. Wir alle profitieren vom

«Wirtschaft & Politik aktuell»

einfachen Reisen mit unkomplizierten Grenzübertritten dank dem Schengener Abkommen. Nach einem Ja zur Kündigungsinitiative wäre das so nicht mehr möglich.

NEIN zum bildungs- und forschungsfeindlichen Alleingang

Die Schweiz ist ein international führender Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort. Wir sind stolz auf unsere Hochschulen, unsere Nobelpreisträger, unsere herausragenden Ideen und Produkte. Forschung und Innovation funktionieren aber nicht im stillen Kämmerlein – sie sind heute genauso international vernetzt wie die Wirtschaft. Voraussetzung für die erfolgreichen Netzwerke sind die europäischen Forschungsrahmenprogramme. Sie ermöglichen es, dass grosse und kleine internationale Forschungsprojekte von der Schweiz aus geleitet werden, auch unter Beteiligung vieler KMU. Mit der Kündigungsinitiative verliert die Schweiz das Forschungsabkommen mit der EU und damit den Zugang zu diesen milliardenschweren Programmen. Diese Isolierung schwächt unsere Hochschulen und viele Schweizer KMU. Sie setzt die herausragende Stellung unseres Landes als Forschungs- und Innovationsstandort fahrlässig aufs Spiel.

Leitfragen

- 1) Was bildet laut den Gegnern die Grundlage für eine erfolgreiche Europapolitik?
Lösung: Der bilaterale Weg sei die Basis für eine erfolgreiche Europapolitik.
- 2) Wie soll laut den Gegnern die Schweiz auf die weltpolitische Lage antworten?
Lösung: Abschottung und eine protektionistische Politik sind laut economiesuisse keine Lösungen. Stabile Beziehungen zum wichtigsten Handelspartner EU seien wichtig.
- 3) Welche Vorteile haben die Bilateralen laut den Gegnern für die Schweizer Bürgerinnen und Bürger?
Lösung: Schweizer Bürgerinnen und Bürger profitieren davon, dass sie im Normalfall einfach und ohne komplizierte Grenzübertritte in EU-Länder reisen können. Zudem geniesst die Schweizer Bevölkerung die Freiheit, überall in der EU leben, studieren und arbeiten zu können. Auch Austauschsemester, Praktika und längere Sprachaufenthalte in EU-Ländern sind möglich.
- 4) Die Unia, die grösste Gewerkschaft der Schweiz, schreibt auf ihrer Internetseite folgendes: «Ein Ja zur Kündigungsinitiative hätte fatale Folgen, nämlich: Mehr Diskriminierung und Ausbeutung durch Schwarzarbeit und Lohndumping. Mangelnde Kontrollen und Sanktionen gegen fehlbare Firmen aus dem Ausland und in der Schweiz. Geschwächte Mindestlöhne und Gesamtarbeitsverträge.»
www.jobs-und-loehne.ch
<https://kündigungsinitiative-nein.ch>
<https://www.unia.ch/de/aktuell/aktuell/artikel/a/16619>
- 5) Welche inhaltlichen Unterschiede sehen Sie zwischen den Argumenten der Gegner von Seiten der Arbeitgeber (economiesuisse) und der Gegner von Seiten der Arbeitnehmer (Unia)?
Lösung: Die economiesuisse argumentiert hauptsächlich mit Handelsvorteilen für Unternehmen durch die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt. Die Unia bezieht sich bei ihrer Argumentation hingegen auf die Rechte und die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter in der Schweiz.

Quellen

<https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/annahme-der-kuendigungsinitiative-bedeutet-das-ende-des-bilateralen-wegs>
<https://www.economiesuisse.ch/de/schwerpunkte/kuendigungsinitiative>
https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_Kuendigungsinitiative.pdf
www.europapolitik.ch
<https://nein-zur-kuendigungsinitiative.ch>

Video

https://www.youtube.com/watch?time_continue=31&v=0la9x7D5pfo&feature=emb_title

«Wirtschaft & Politik aktuell»

6 Gegenüberstellung von Pro- und Contra-Argumenten

Auftrag 6: Diskussion von Pro und Contra mit der Methode «Fishbowl»

Die erarbeiteten Pro- und Contra-Argumente werden nun im Rahmen des Diskussionsformats «Fishbowl» ausgetauscht und vertieft.

Die «Fishbowl» (auch Innen-/Aussenkreis-Methode) ist eine Methode der Diskussionsführung in grossen Gruppen. Die Methode hat ihren Namen nach der Sitzordnung. Sie gleicht einem Goldfischglas, um das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Kreis herumsitzen. Bei dieser Methode wird der Wechsel zwischen zuhören und sich artikulieren geübt. Folgender Kurzvideo erklärt die Methode: <https://www.scook.de/scook/die-fishbowl-methode-video>

Es gelten folgende Regeln:

- Ein Drittel der Klasse (sechs oder acht Personen) sitzen im Innenkreis (Diskussionskreis). Je die Hälfte der Personen haben entweder den Pro- oder Contra-Text verarbeitet.
- Zwei Drittel der Klasse sitzen im Aussenkreis (Beobachtungs- und Zuhörerkreis). Je die Hälfte der Personen haben entweder den Pro- oder Contra-Text verarbeitet.
- Ein Stuhl (Alternative zwei Stühle) im Innenkreis ist (sind) frei. Der freie Stuhl im Diskussionskreis darf von jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin solange besetzt werden bis er oder sie seinen Beitrag geleistet hat oder eine andere einen Beitrag leisten möchte.
- Die Teilnehmer(innen) im inneren Kreis dürfen diesen jederzeit verlassen.
- Seitengespräche sind zu vermeiden.
- Die Lehrperson führt die Diskussion im Innenkreis.
- Variante: Im Aussenkreis werden Beobachtende bestimmt, welche die Diskussion protokollieren und am Schluss im Rahmen eines Debriefings ihre Eindrücke schildern.

Moderationsleitfaden für die Lehrperson

Einführung

- Kurze Einleitung zur Begrenzungsinitiative
- Vorstellung der diskutierenden Personen / Positionen

Mögliche Fragen/Themenschwerpunkte sowie Einschätzung der Frage aus Sicht der Pro- bzw. Contra-Seite als Lösungshinweise für die Lehrperson:

- Dringlichkeit: Ist die Initiative notwendig, obwohl der Wanderungssaldo von Menschen aus EU/ Efta-Staaten im letzten Jahrzehnt stark gesunken ist?
- Aussenpolitik: Welche Chancen und Gefahren sehen Sie in der Initiative für die Schweiz als wirtschaftlicher und politischer Akteur auf der Weltbühne?
- Fairness: Wer sind die Gewinner und Verlierer der Initiative? (Schweizer vs. Ausländer, sozioökonomisch Bevor- vs. Benachteiligte)
- Ausblick: Wie geht es weiter, wenn die Vorlage angenommen oder abgelehnt wird?
- Politischer Kontext: Wo gibt es Parallelen und Unterschiede der Begrenzungsinitiative im Vergleich zum Brexit?

Abschluss

Methodische Alternative

Falls aufgrund von Corona kein Präsenzunterricht stattfinden kann, können Sie die obenstehenden Fragen aus der Diskussion wie folgt bearbeiten:

Die Schülerinnen und Schüler stellen zu jeder Frage zwei Thesen auf; eine aus Sicht der Gegner und eine aus Sicht der Befürworter.

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Quellenverzeichnis

Videos

SRF

<https://www.srf.ch/news/schweiz/kuendigungsinitiative-svp-startet-mitte-januar-mit-unterschriftensammlung>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-begrenzungsinitiative-bundesraetin-keller-sutter-sieht-wohlstand-in-gefahr>

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/enomiesuisse-sieht-wettbewerbsfaehigkeit-in-gefahr?id=b41853df-5a19-4fbc-8c73-f149784051b8&expandDescription=true>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/svp-begrenzungsinitiative-so-argumentieren-befuerworter-und-gegner>

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/millionen-fuer-kampagnen-fuer-und-gegen-die-begrenzungsinitiative?id=d479da40-0c6e-4814-a856-aa8cd9f38020&expandDescription=true>

<https://www.srf.ch/play/radio/rendez-vous/audio/gewerkschaften-gegen-begrenzungsinitiative?id=092fcb58-ccc7-44dc-9bac-d0c08c1239c1&expandDescription=true>

<https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungskampf-neu-lanciert-vereinte-front-gegen-die-begrenzungsinitiative>

Cornelsen

<https://www.scook.de/scook/die-fishbowl-methode-video>

easyvote

<https://www.youtube.com/watch?v=Tlp69w9U128>

<https://www.youtube.com/watch?v=Gkr3Cf3TgMQ>

<https://www.youtube.com/watch?v=LdBhITWQsJQ>

economiesuisse

https://www.youtube.com/watch?v=0la9x7D5pfo&feature=emb_title

Bundesrat

https://www.youtube.com/watch?time_continue=16&v=-JPeHPct1VI&feature=emb_title

SVP Schweiz

https://www.youtube.com/watch?v=WuQi6kM4KEE&feature=emb_title

stark + vernetzt

https://www.youtube.com/watch?v=av_0B1YapfM

«Wirtschaft & Politik aktuell»

Texte

Webseite Initiativkomitee

<https://www.begrenzungsinitiative.ch/>

https://www.begrenzungsinitiative.ch/wp-content/uploads/sites/3/11.03.BGI-Argumentarium_DE_neu.pdf

admin

<https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis483.html>

<https://www.sem.admin.ch/dam/data/sem/publiservice/statistik/auslaenderstatistik/monitor/2019/statistik-zuwanderung-2019-12-jahr-d.pdf>

<https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2019/5027.pdf>

https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Arbeit/Personenfreizuegigkeit_und_Arbeitsbeziehungen/observatoriumsberichte/15_Bericht_Observatorium.html

NZZ

<https://www.nzz.ch/schweiz/zuwanderung-aus-der-eu-neue-zahlen-zur-svp-initiative-ld.1460095>

<https://www.nzz.ch/schweiz/zuwanderung-aus-der-eu-nimmt-leicht-zu-ld.1537263?reduced=true>

<https://www.nzz.ch/international/brexit>

stark + vernetzt

https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_Kuendigungsinitiative.pdf

https://my.abstch.ch/page/-/Kamp-Europa/DE/Downloads/Faktenblatt_Zuwanderung_neu.pdf

<https://www.europapolitik.ch/de>

economiesuisse

<https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/annahme-der-kuendigungsinitiative-bedeutet-das-ende-des-bilateralen-wegs>

<https://www.economiesuisse.ch/de/schwerpunkte/kuendigungsinitiative>

SVP Schweiz

<https://www.svp.ch/kampagnen/uebersicht/fu%cc%88r-eine-massvolle-zuwanderung-begrenzungs-initiative/>

Wirtschaft & Politik aktuell

<https://www.klv.ch/presta/de/content/25-wirtschaft-politik>

Gewerkschaften und Unia

www.jobs-und-loehne.ch

<https://kueundigungsinitiative-nein.ch>

<https://www.unia.ch/de/aktuell/aktuell/artikel/a/16619>

Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.